

Die demographische Herausforderung

Alfred Pfaller, November 2011

Schrumpfende und alternde Bevölkerung: zwei unterschiedliche Probleme

Die demographische Herausforderung, mit der viele Gesellschaften in Europa und auch Asien seit Jahren konfrontiert sind, hat zwei Komponenten:

- ⤴ Die Bevölkerung schrumpft, weil zu wenig Kinder geboren werden (und zu wenige Menschen zuwandern), um einen zahlenmäßigen Ersatz für die aus dem Leben Scheidenden zu schaffen.
- ⤴ Die Bevölkerung altert, weil die Menschen im Durchschnitt immer länger leben und damit das Durchschnittsalter pro Kopf nach oben drücken.

Die abnehmende Kinderzahl verstärkt den gesellschaftlichen Alterungsprozess, weil die jungen Alterskohorten auf Dauer mangels Nachwuchs ständig an Mitgliedern verlieren, während die zunehmende Lebenserwartung die älteren Kohorten immer weniger schnell „abschmelzen“ lässt. Bei hohem Geburtenüberschuss würde die steigende Lebenserwartung die Alterszusammensetzung der Bevölkerung weit weniger stark verändern. Eine zunehmende Geburtenzahl könnte den Alterungseffekt sogar völlig neutralisieren. Das Ansteigen der Lebenserwartung schwächt andererseits den Schrumpfungsprozess ab – es gibt zwar weniger Neuzugänge in der Bevölkerung, aber auch weniger Abgänge.

Der wachsende Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung schafft vor allem ein Problem: Die Altersvorsorge lässt sich immer weniger in der gehabten Weise finanzieren. Anpassungen in immer drastischeren Ausmaßen werden nötig. Dabei ist es nicht schwer, die Anpassungsoptionen aufzuzeigen.

Das Schrumpfen der Bevölkerung schafft andere Probleme, die konzeptionell weit weniger leicht in den Griff zu bekommen sind. Früher oder später – wenn die evtl. noch zu mobilisierenden Reserven bei den Alten, den Frauen, den Arbeitslosen und den Jungen ausgeschöpft sind – wird eine abnehmende Bevölkerungszahl zur Folge haben, dass auch weniger Arbeitskräfte für die wirtschaftliche Produktion bereit stehen. Die Wirtschaft wird weniger stark wachsen können. Und wenn die Produktivität pro Arbeitskraft nicht entsprechend zunimmt, wird die Wirtschaftsleistung sogar zurückgehen. Das heißt zwar nicht, dass der gesellschaftliche Wohlstand abnimmt; denn der bemisst sich am Prokopf-Einkommen (sonst wäre Indonesien viel wohlhabender als die Schweiz). Aber die Anreizstruktur unseres Wirtschaftens ist auf Wachstum ausgelegt, nicht auf permanente Stagnation oder gar ständigen Rückgang der Produktion. Es wird zu einer zentralen Frage werden, wie sich die Investition aufrechterhalten lässt, von der sowohl die Absorption der Ersparnisse und damit die Konjunktur abhängt, als auch die innovative Dynamik und der Produktivitätsfortschritt.

Im Folgenden werden die beiden zentralen Aspekte der demographischen Herausforderung diskutiert – allerdings recht ungleichgewichtig. Die Diskussion der Altersvorsorge kann auf eine Reihe leicht einsehbarer Zusammenhänge Bezug nehmen, aus denen sich logische Argumente ableiten lassen. Der Übergang von einer tendenziell wachsenden kapitalistischen Wirtschaft zu einer, die von stagnierender oder gar rückläufiger Produktion geprägt ist, stellt hingegen analytisches Neuland dar. Hier wird die Diskussion nicht über vorläufige Überlegungen hinauskommen, die der Suche nach einem angemessenen Verständnis der Herausforderung eine Richtung weisen und naheliegenden Fehlinterpretationen einen Riegel vorschieben.

Die schrumpfende Bevölkerung: das Scheinproblem des Fachkräftemangels

Die Perspektive der gleichzeitig alternden und schrumpfenden Bevölkerung rückt vielerorts das Problem eines zunehmenden Fachkräftemangels ins Zentrum der Besorgnis. Dies ist jedoch unangebracht. Der Wirtschaft werden bestimmte Fachkräfte immer wieder mal fehlen, wenn die Absatzchancen gut sind und die Unternehmen entsprechend viel produzieren wollen. Aber mit der heimischen Bevölkerung werden langfristig auch die Binnenmärkte schrumpfen. Mit dem Fachkräfte-Angebot wird tendenziell auch der Bedarf an ihnen zurückgehen. Dies gilt natürlich nicht für den Export, solange die nachfragekräftige Weltbevölkerung nicht ebenfalls schrumpft.

Aber es war von jeher so, dass Produktion immer wieder an Kapazitätsgrenzen stieß. Das konfrontiert die Volkswirtschaft mit der Notwendigkeit, aber auch der Chance, die knappen Ressourcen (und dazu gehören die begehrten Fachkräfte) möglichst effizient, nämlich in den rentabelsten Produktionslinien, einzusetzen und weniger effiziente Produktion aufzugeben. In einem funktionierenden Markt wird dies über den Preis (hier die Entlohnung der Fachkräfte) bewerkstelligt. Dem nationalen Prokopf-Einkommen kommt es prinzipiell zugute, obgleich kurzfristig komplementäre Arbeitsplätze in den dicht machenden Betrieben verloren gehen können. Über die kurze Frist hinaus würde eine derartige Nachfrageverschiebung auf dem Arbeitsmarkt (Fachkräfteknappheit und Nichtfachkräfte-Überfluss) eine Anpassung im Angebotsprofil nahelegen. Es wären mehr Menschen zu Fachkräften auszubilden. Andernfalls wird der Arbeitsmarkt für eine Anpassung dergestalt sorgen, dass der Lohn für die weniger nachgefragten Arbeitskräfte (gering und falsch Qualifizierte) sinkt. Es kommt dann zu einer stärkeren Polarisierung in der Entlohnungsstruktur.

Diese Problematik ist jedoch nicht spezifisch für eine schrumpfende Bevölkerung, sondern gleichsam das tägliche Brot des permanenten Strukturwandels. Wenn sich das Angebot nicht an die veränderte Nachfrage anpasst, kommt es in bestimmten Marktsegmenten zum Preisverfall (hier Lohnverfall). Aus Sorge um etwaigen Fachkräftemangel sollte man auch nicht auf einmal das Problem aus dem Auge verlieren, das in den vergangenen Jahrzehnten in der OECD-Welt im Vordergrund stand, nämlich das des Überangebots an Arbeitskraft. Sollte das Schrumpfen der Bevölkerung tatsächlich zu einer Verknappung der Arbeitskraft führen (was angesichts der zu erwartenden nachfrageseitigen Probleme keineswegs klar ist), wäre das positiv zu werten. Es würde vielen Menschen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bescheren – mehr Aussicht auf Beschäftigung, höhere Entlohnung.

Aus der Sicht eines Unternehmens sieht dies anders aus. Kapazitätsengpässe bedeuten entgangene Umsatzmöglichkeiten. Höhere Löhne für Arbeitskräfte bedeuten höhere Kosten und je nach der Konkurrenz auf den Absatzmärkten evtl. geringere Gewinnmargen. Mittelfristig werden sich Unternehmen freilich aus dieser Situation mit einer Ausweitung der Produktion im kostengünstigeren Ausland zu befreien trachten. So passt sich dann in der schrumpfenden Gesellschaft die Nachfrage nach Arbeitskraft dem rückläufigen Angebot an. Der verknappungsbedingte Preisauftrieb auf dem nationalen Arbeitsmarkt schwächt sich ab und tendiert letztlich zu verschwinden.

Wie reagiert die Investition auf sinkende Nachfrage?

Der Rückgang des Arbeitskräfteangebots in einer schrumpfenden Gesellschaft wirft allenfalls vorübergehende Anpassungsprobleme auf, bedroht aber nicht den gesellschaftlichen Wohlstand. Eine derartige Bedrohung entsteht aber möglicherweise aus dem Umstand, dass die Investitionstätigkeit angesichts stagnierender bis schrumpfender heimischer Absatzmärkte so stark

zurückgeht, dass sie die laufenden Ersparnisse nicht mehr voll absorbiert und in den Wirtschaftskreislauf zurückführt. Dies würde ernsthafte Probleme auf.

Das Problem wäre leicht zu entschärfen, wenn es sich bei der schrumpfenden Gesellschaft um ein kleines Land handelt, das in eine weiterhin wachsende Weltbevölkerung eingebettet ist. Das zuhause nicht absorbierte Sparaufkommen könnte dann die Bildung von Produktivkapital im Ausland finanzieren. Das Ausland würde seine durch das fremde Sparaufkommen erhöhte Kaufkraft benutzen, um Produkte aus dem Kapitalexportland zu kaufen. Das dort verdiente Geld könnte so wieder voll als Nachfrage in die heimische Wirtschaft zurückfließen.

Das Kleine-Land-Paradigma ist jedoch nicht angebracht. Ein großer Teil derjenigen Länder, die derzeit als Investitionsstandorte im großen Stil in Frage kommen, ist mit der demographischen Herausforderung konfrontiert – wenn auch in unterschiedlichem Grad. Auch die Bevölkerung Chinas, das sich zu einem immer wichtigeren Wachstumsmotor der Weltwirtschaft gemausert hat, ist auf Schrumpfkurs eingeschwenkt (ganz abgesehen davon, dass China seit langem eins der wichtigsten Kapitalexport- und nicht -importländer ist). Die Frage ist also: Wohin soll/kann das nicht absorbierte Kapital gehen?

Eine Möglichkeit ist es, weltweit den privaten und öffentlichen Konsum zu finanzieren. Aber dies ist nur schwer durchhaltbar, weil eine wachsende Verschuldung irgendwann die Fähigkeit der Schuldner übersteigt, ihre Schulden zu bedienen. Es kommt zu Verschuldungskrisen. Statt weiter Ersparnisse anderer zu absorbieren, müssen die Schuldner ihre Schulden abbauen. Auch wenn sie sich zahlungsunfähig erklären und ihre Schuldenlast dadurch verringern, dass sie ihre Gläubiger gleichsam enteignen, fallen sie für die Rückführung von Ersparnissen in den Wirtschaftskreislauf für lange Zeit aus. Kreditfinanzierung von Konsumnachfrage ist also kein dauerhaft gangbarer Weg.

Eine andere Form der Anlage von Ersparnissen ist der Kauf bereits existierender Vermögenstitel (Anteile an Unternehmen, Immobilien, Edelmetalle). Dies treibt deren Preis in die Höhe und bildet, wenn es in großem Stil und auf Dauer betrieben wird, jene berühmten Blasen, die dann platzen, was zu schweren Wohlfahrtsverlusten in weiten Teilen der Welt führen kann.

Sollte die kaufkräftige Weltbevölkerung in ihrer Gesamtheit tatsächlich schrumpfen, drohen die weltweiten Ersparnisse zu einem wirtschaftlichen Systemproblem zu werden, für das es keine Lösung im Rahmen des Weiter-so gibt. Eine Entschärfung dieses Problems lässt sich in fünf Richtungen vorstellen.

1. Das laufende Sparaufkommen in der reichen Welt passt sich an die rückläufigen Gelegenheiten für produktive Investition an und geht drastisch zurück. Öffentlicher und privater Konsum wird zu einem weitaus geringeren Maße als bisher über Kredite finanziert. Das impliziert zweierlei. Erstens: die hohen Einkommen werden wesentlich stärker besteuert, so dass eine „solide“ Finanzierung öffentlicher Aufgaben möglich wird. Zweitens: die Einkommensverteilung ist gleichmäßiger, so dass die Menschen mit geringer Sparneigung einen höheren und die mit hoher Sparneigung einen geringeren Anteil haben.
2. Das anlagesuchende Finanzkapital wird in die Pflicht genommen, um große Investitionsprogramme „zur Sicherung der Zukunft“ (umweltfreundliche Mobilitätsstrukturen und Derartiges) zu finanzieren. Dies impliziert eine wie auch immer geartete beträchtliche Einengung der Dispositionsfreiheit der Kapitaleigner, denen man jedoch für ihre unter Druck erfolgten Investitionen eine angemessene Rendite in Aussicht stellen kann.
3. Die Kaufkraft in den noch wachsenden Gesellschaften der Welt steigt rasch an, so dass dort

Investitionsmöglichkeiten in hinreichendem Maße für das Sparaufkommen der reichen schrumpfenden Gesellschaften entstehen.

4. Das Innovationstempo nimmt derart zu, dass die Unternehmen permanent hohe Investitionen tätigen müssen, um den Produktionsapparat – ganz unabhängig von seiner quantitativen Auslegung – auf dem neuesten Stand zu halten und wettbewerbsfähig zu bleiben.
5. Eine Kombination aus wieder steigenden Kinderzahlen und beschleunigter Zuwanderung stoppt in weiten Teilen der „wirtschaftlich relevanten“ Welt den Bevölkerungsrückgang. Für die weiterhin schrumpfenden Gesellschaften könnte dann eventuell das Kleine-Land-Paradigma in Betracht kommen. Verstärkte Zuwanderung aus demographisch expansiven, aber armen Ländern wäre als Alternative zu der, eigentlich vorzuziehenden, Variante des beschleunigten Wirtschaftswachstums in den Auswanderungsländern zu sehen.

Demographie und Renten: Das Grunddilemma der steigenden Beiträge und sinkenden Renteneinkommen

Neben dem Rückgang der Bevölkerungszahlen stellt die Alterung der Gesellschaft die andere große Komponente der demographischen Herausforderung dar. Auch sie wirkt relativ leicht und andere, nicht so leicht zu bewältigende Anpassungsprobleme auf. Zu den relativ leichten gehört die Verschiebung der Nachfragemuster aufgrund der stärkeren Gewichtung seniorenspezifischer Präferenzen. Hier ist die ganze Palette der „altengerechten“ Angebote zu nennen, die oft gefordert werden. Allerdings sollte man dabei nicht einfach überkommene Vorstellungen vom Lebenszyklus in die alternde Gesellschaft projizieren. Zum Länger-leben gehört auch das spätere Altern. Senioren werden biologisch gesehen im Durchschnitt gleichsam immer jünger – zumindest in vielen Aspekten der körperlichen Leistungsfähigkeit.

Schwieriger als die täglichen Lebensabläufe und die dazu gehörigen Konsumangebote auf die Zunahme der Über-65-jährigen abzustellen ist es, deren Konsum zu finanzieren. Die herkömmlichen Parameter der Altersvorsorge passen nicht mehr. Das gilt sowohl für das Ansparen für den Lebensabend als auch für die Rentenfinanzierung aus den laufenden Beiträgen der Versicherten bzw. auch aus Steuern. Beim privaten Ansparen, wie immer institutionell geregelt, ergeben sich unmittelbar 2 Probleme:

- ♣ Die längere Lebenserwartung verlangt eine höhere Ansparleistung, wenn man mit 65 in Rente gehen und den Lebensstandard im Alter halten will.
- ♣ Schleppendes Wirtschaftswachstum tendiert das durchschnittliche Zinsniveau abzusenken. Damit wird ein noch höherer Sparaufwand nötig, um die gewünschte Kapitalsumme, die den Lebensabend absichern soll, zu erreichen – von Kapital vernichtenden Finanzkrisen ganz zu schweigen.

Die Alternative zur erhöhten monatlichen oder jährlichen Ansparleistung ist die Verlängerung der Ansparzeit, indem man länger berufstätig bleibt und Geld verdient. Erstens erhöht sich bei gleicher Vorsorgeleistung die Summe, die zustande kommt. Zweitens verringert sich die zu erwartende Zeitspanne, für die das Angesparte reichen muss.

Für das nach dem Umlageverfahren organisierte Rentensystem gilt der gleiche Grundzusammenhang: entweder höhere Verzichtleistung während des Erwerbslebens oder weniger Einkommen im erwerbslosen Ruhestand oder längeres Erwerbsleben. Allerdings dient der Konsumverzicht während des Erwerbslebens nicht der Bildung von Ersparnissen, auf die man

später zurückgreifen kann, sondern der Finanzierung des Konsums der heutigen Rentner und damit verbunden dem Erwerb von eigenen Rentenansprüchen. Während zu geringes Ansparen nur den eigenen späteren Lebensstandard schmälert, gefährden zu geringe Rentenbeiträge unmittelbar den Lebensstandard derer, die sich bereits im Ruhestand befinden. Der Lebensstandard im Alter hängt viel direkter, als dies beim Ansparverfahren letzten Endes auch der Fall ist, vom politischen Willen der Erwerbsbevölkerung und den ökonomischen Umständen, die diesen beeinflussen, ab. Der pensionierte Ansparer hängt von seinen individuellen, im Erwerbsleben getroffenen und später nicht mehr korrigierbaren Entscheidungen ab – solange nachfolgende Generationen nicht die Prämisse infrage stellen, dass das angesparte Kapital später in Kaufkraft umgewandelt werden kann. Für den Rentner im Umlageverfahren werden die kritischen Entscheidungen von vornherein politisch getroffen, ein Teil davon dann, wenn er bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist.

Der sogenannte Generationenvertrag enthielt immer ein doppeltes Versprechen: (a) mit Beendigung des 65. Lebensjahrs besteht ein Anspruch auf Rente, und (b) diese Rente sichert (nach Maßgabe der während des Erwerbslebens geleisteten Beiträge) in etwa den Lebensstandard ab, der gegen Ende des Erwerbslebens erreicht wurde. Wird dieses Versprechen aufrechterhalten, lässt die Alterung der Gesellschaft keinen anderen Ausweg zu, als die Beiträge zur Rentenkasse zu erhöhen. Der Aufwand zur Gewährleistung eines „anständigen“ Lebensstandards im Alter wird höher. Man kann nun anführen, dies sei kein Problem, wenn sich die Produktivität und damit die Wirtschaftsleistung des Landes erhöht. Die höhere Wirtschaftsleistung ermögliche es dann, der steigenden Zahl der Rentner den gewohnten Lebensstandard im Alter zu sichern, ohne dass die Erwerbstätigen eine Einbuße in ihrem Konsumstandard hinnehmen müssten. Niemand steht sich schlechter als zu demographisch günstigeren Zeiten. Steigt die Produktivität schneller, als die Zahl der Rentner zunimmt, kann sogar eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung alle Ansprüche befriedigen.

Dies ist sicher richtig. Aber es impliziert, dass die Früchte des Produktivitätsfortschritts nicht, oder kaum mehr der Kaufkraft der Arbeitnehmer zugute kommen, sondern eben dem Konsum der wachsenden Rentnerschar. Man könnte sagen: die Gesellschaft verzichtet (weitgehend) auf steigenden Lebensstandard und gönnt sich stattdessen immer mehr Senioren, die von der Erwerbsarbeit befreit sind und dennoch angemessen am nationalen Wohlstand teilhaben. Die bisherigen Erwartungen, die sich mit steigender Produktivität verbanden, waren markant anders. Dennoch kann sich die politisch organisierte Gesellschaft natürlich für diesen Kurswechsel entscheiden.

Eine derartige Entscheidung fällt jedoch schwer. Denn sie geht einher mit steigenden Lohnnebenkosten und diese sind in der öffentlichen Perzeption ausgesprochen negativ besetzt. Erstens werden sie als eine Art Besteuerung wahrgenommen, die die Kaufkraft der arbeitenden Menschen verringert. Dass damit u.a. die Anwartschaft auf einen langen Ruhestand in relativem Wohlstand erworben wird, tritt in der Wahrnehmung leicht zurück (Kaufkraft ist jetzt, Rente ist später) und ist vielerorts durch die anhaltende Rentenreformdiskussion ohnehin gründlich infrage gestellt worden. Die jetzt beitragszahlende Erwerbsbevölkerung erwartet heute weithin, dass ihre eigenen dereinstigen Rentenansprüche, wenn es soweit ist, „unbezahlbar“ geworden sein werden. Die Rentenbeiträge haben in der allgemeinen Wahrnehmung ihren Charakter als Vorsorge für das Alter immer mehr verloren und werden schlichtweg als Abgaben gesehen.

Hinzu kommt zweitens, dass in den meisten Ländern, die sich einer demographischen Herausforderung gegenüber sehen, der Arbeitgeberanteil als Finanzierungsmodalität etabliert ist. Das aber macht die Rentenbeiträge (wie auch die anderen Sozialversicherungsbeiträge) sehr schnell zu einem Problem der Arbeitskosten und damit der Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Produktionsstandorts. Die eigentlich politisch zu beantwortende Frage nach dem präferierten Umgang mit der Alterung der Gesellschaft wird überformt von der ökonomischen Frage nach der Altersfinanzierung, die sich die Gesellschaft leisten kann. Die eigentliche Wahlentscheidung,

nämlich zwischen Gegenwartskonsum und Altersvorsorge, verschwindet aus dem Blickfeld, weil der Arbeitgeberanteil der Illusion Vorschub leistet, man könne das zweite erhöhen, ohne am ersten die entsprechenden Abstriche zu machen.

Wenn Beiträge an die nach dem Umlageverfahren organisierte Rentenkasse in erster Linie als Belastung verstanden werden und nicht als Vorsorge (was sie nur indirekt, vermittelt über den Generationenvertrag sind), bekommt die Begrenzung dieser Belastung politische Priorität. Die garantierte Nahezu-Aufrechterhaltung des einmal erreichten Lebensstandards über das Erwerbsleben hinaus wird dann zum Luxus, den sich die heutigen Rentner zu Lasten der jüngeren beitragszahlenden Generation leisten. „Generationengerechtigkeit“ legt dann nahe, dass auch die Rentner Opfer bringen und eine stärkere Entkopplung ihrer Einkünfte vom Lohnniveau akzeptieren.

Radikal gedacht könnte das auf längere Frist z.B. heißen, dass der an die Rentenkasse abzuführende Lohnanteil gedeckelt wird. Aus der schrumpfenden Zahl der Menschen in Arbeit würde sich dann (nach Ausschöpfen der in vielen Ländern noch vorhandenen Arbeitskraftreserven) eine schrumpfende Verteilungsmasse an Altersruhegeld ergeben, die aber nach Maßgabe der Reallohn- und der dahinter stehenden Produktivitätsentwicklung in Wirklichkeit immer noch zunehmen kann. Für den durchschnittlichen einzelnen Rentenbezieher würde sich auf die lange Frist (über die Konjunkturzyklen hinweg) per Saldo allerdings fast sicher eine sinkende Rente ergeben – auch wenn die Löhne langfristig steigen. Denn die gleichzeitigen Trends der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung (zu wenig Kinder und Zuwanderer) und steigenden Lebenserwartung führt zu einer immer ungünstigeren Relation zwischen Rentenbeziehern und Beitragszahlern. Auch wenn die Verteilungsmasse aufgrund relativ hoher anhaltender Produktivitätszuwächse leicht zunimmt (erst muss die abnehmende Zahl der Erwerbspersonen kompensiert werden), dürfte dies nur gelegentlich für Rentenerhöhungen reichen. Zu erwarten ist dann in schnell schrumpfenden Gesellschaften nicht nur eine Entkopplung von Renten und Prokopf-Einkommen, sondern eine absolut sinkende Durchschnittsrente.

Dies ist natürlich eine politisch ebenso brisante Entwicklung wie das ungebremste Ansteigen der Rentenbeiträge. Diejenigen, die bereits in Rente sind oder kurz davor stehen, haben keine Möglichkeit mehr, sich an einen abrupten Bruch des einstigen Rentenversprechens anzupassen. Darum wird es für sie in aller Regel eine Abmilderung der Konsequenzen geben (z.B. durch Steuerzuschüsse zur Rentenkasse). Für die Jüngeren lautet die Botschaft: „Wenn ihr im Alter einen materiellen Absturz vermeiden wollt, tut ihr gut daran, zusätzlich privat noch vorzusorgen.“ Das ist dann in gewisser Hinsicht eine Erhöhung der Rentenbeiträge durch die Hintertür. Die Sicherung des Alterskonsums wird an erhöhten Konsumverzicht während des Erwerbslebens geknüpft. Nur ist dieser dann teilweise Teil freiwillig und nicht mit Lohnnebenkosten verknüpft.

Natürlich wird die Fähigkeit der Rentenkasse, die zunehmenden Rentenansprüche zu befriedigen, in der Realität von konjunkturellen und anderen Sondereinflüssen bestimmt, die im relativ kurzfristig ausgerichteten politischen Alltag das Grunddilemma aus dem Blickfeld verdrängen können. Z.B. bewirkt das in vielen Ländern zu beobachtende Phänomen des sogenannten „Babyboomer-Buckels“ in der Altersverteilung, dass das Problem erst lange nicht richtig, dann aber ganz besonders akut in Erscheinung tritt, um dann nach einigen Jahrzehnten dem System wieder eine Atempause zu bescheren (wenn die meisten Babyboomer tot sind).

In der mittleren Frist kann auch eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik, die viele erwerbsfähige Menschen in Arbeit bringt, die Rentenkassen auffüllen helfen. Aber auf die längere Frist werden damit natürlich auch zusätzliche Rentenansprüche geschaffen. Ähnliches gilt für die Miteinbeziehung beitragsfreier Gruppen, wie z.B. der Selbständigen, in das gesetzliche Rentensystem. Auch verstärkte Zuwanderung von Erwerbspersonen verspricht nur dann eine dauerhafte Linderung des Rentenproblems, wenn sie das dadurch begründete spätere Anwachsen

der Rentnerschaft ständig überkompensiert. In anderen Worten: es gilt nicht nur das Defizit an Kindern auszugleichen, sondern auch das Ausscheiden von früher Zugewanderten aus dem Erwerbsleben.

Die Option des längeren Erwerbslebens: Den Arbeitsmarkt mitdenken!

Das Dilemma von ständig steigenden Rentenbeiträgen auf der einen Seite und zunehmender Entkopplung von Renten- und Lohnneinkommen auf der anderen lässt sich abmildern, wenn die Menschen im Durchschnitt später in Rente gehen. Evtl. würde es sogar verschwinden. Aber je nach der Lage auf dem Arbeitsmarkt können auch Nebenwirkungen auftreten, die nicht im Interesse der Arbeitnehmer sind.

Zwar würden, wenn die Menschen später in Rente gehen, zu jedem gegebenen Zeitpunkt weniger Menschen Rentenansprüche stellen und mehr Menschen im Arbeitsmarkt stehen. Aber „im Arbeitsmarkt stehen“ heißt nicht eo ipso „einen bezahlten Job haben“. Und selbst wenn mehr Menschen für Lohn arbeiten, heißt das nicht, dass die Lohnsumme und damit die Einkünfte der Rentenkasse steigen. Ein Mehrangebot an Arbeitskraft bewirkt zunächst einmal einen Preisverfall der Arbeit oder bei im „Insider“-Interesse vermacheten Arbeitsmärkten Arbeitslosigkeit für die „Outsider“. Bei einem im Arbeitnehmer-Gesamtinteresse kartellisierten Arbeitsmarkt muss das Arbeitsangebot pro Person verringert werden. In allen drei Fällen verflüchtigen sich die Mehreinnahmen der Rentenkasse. Allerdings bleiben die Minderausgaben aufgrund der verringerten Rentnerzahl.

Das Interesse derjenigen, die bereits in Rente sind, ist eine finanzstarke Rentenkasse, die Rentenanhebungen im Gleichschritt mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum zulässt. Dem kommen sowohl Beitragserhöhungen als auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit entgegen. Das Interesse derer hingegen, die demnächst in Rente gehen, ist nicht so eindeutig. Beitragserhöhungen machen ihnen nicht viel aus, weil sie nur wenige Jahre Anwendung finden. Eine Hinauszögerung des „Ruhestandes“ ist für Einige eine willkommene Verlängerung des gerne ausgeübten Berufes mitsamt dem damit verbundenen Einkommen, für andere jedoch eine Last und eine Erhöhung des „Eintrittspreises“ für den herbeigesehnten Ruhestand. Für Einige kann es gar eine verkappte Rentenkürzung bedeuten, nämlich dann, wenn sie nicht über das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten können, sei es, dass sie die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht haben, sei es, dass sie „zwangsausgemustert“ werden.

Diejenigen, die noch ein langes Arbeitsleben vor sich haben, bringen der Option der Beitragserhöhungen vermutlich weniger Sympathie entgegen als diejenigen, die dies nicht mehr (lange) trifft. Aber auch sie können diese Option evtl. vorziehen, wenn sich damit die Perspektive einer „anständigen“ Rente ab 65 verbindet. Allerdings wäre hier ein bereits entstandener massiver Vertrauensverlust zu überwinden. Viele junge Arbeitnehmer glauben nicht mehr daran, dass ihre Beiträge einen finanziell abgesicherten Ruhestand garantieren. Vor die Wahl gestellt, dürften viele von ihnen die Optionen „Rentenkürzung“ und „Arbeiten bis 67 oder länger“ vorziehen. Ein (in einigen Ländern beträchtlicher) Teil der jungen Arbeitnehmer kann ohnehin nicht auf eine „anständige“ Rente hoffen, da die Erwerbsbiographie das nicht abdeckt. Für sie würde ein verlängertes Arbeitsleben das Hinausschieben der unvermeidlichen Altersarmut bedeuten.

Generell müsste für die jüngeren Arbeitnehmer die Option der zunehmenden Steuerzuschüsse an die Rentenkasse attraktiv sein. Zwar beteiligen auch sie sich hier letzten Endes in der einen oder anderen Weise an der Bezahlung der Zeche. Aber die Zuordnung von bestimmten staatlichen Ausgaben zur eigenen Steuerbelastung sowie zum Hintanstellen konkurrierender öffentlicher Aufgaben lässt sich für den Einzelnen kaum nachverfolgen.

Aber die Interessen der Arbeitnehmer werden nicht nur durch die Rentenfinanzierung direkt berührt, sondern auch durch deren Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt. Wie gesagt, erhöht eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit das Angebot auf dem Arbeitsmarkt – und damit tendenziell die Konkurrenz um Jobs. Wer von dieser Konkurrenz betroffen ist, hängt stark von der Regulierung des Arbeitsmarktes ab. In einigen Ländern und Wirtschaftszweigen ist es eindeutig so, dass Arbeitsplatzbesitzer Vorrang vor Neuankömmlingen haben, was gegebenenfalls zu hoher Jugendarbeitslosigkeit beiträgt. Anderswo ist es gerade umgekehrt: Ältere werden ausrangiert und durch Jüngere ersetzt.

Wo die Gewerkschaften schwach sind, schlägt erhöhte Konkurrenz sehr schnell auf den Lohn durch. Aber auch zunächst starke Gewerkschaften mussten in der Vergangenheit zunehmende Arbeitsmarktbereiche der ungezügelter Lohnkonkurrenz preisgeben. In Zeiten lang anhaltenden Arbeitskräfte-Überschusses kann nur eine militant durchgesetzte solidarische Lohnpolitik auf gesamtwirtschaftlicher Ebene davor schützen.

Andererseits führt der Geburtenrückgang, der Teil der demographischen Verschiebung ist, zu einer Verknappung des Arbeitskräfteangebotes. Auf längere Frist sollte deshalb eine Verlängerung des Arbeitslebens dazu beitragen, materiellen Wohlstandszuwachs abzusichern – nicht nur im unmittelbaren Sinn, dass dann mehr produziert werden kann, sondern auch im Hinblick auf das oben angesprochene Problem der Nachfragesicherung. Voraussetzung ist freilich eine Bildungspolitik, die die Menschen fit für den Arbeitsmarkt hält. Zudem wäre das Ziel der Mehrproduktion von marktwerten Gütern und Dienstleistungen abzuwägen gegen eine etwaige Präferenz der Menschen für mehr immateriellen Wohlstand, zu dem auch Zeit für selbstbestimmtes Leben („Freizeit“) gehört. Im Kontext zunehmender Arbeitskräfteknappheit wäre die Verlängerung des Arbeitslebens ein Mittel, mehr Freizeit für jüngere Arbeitnehmer zu ermöglichen – eine Umverteilung der Arbeitslast über den Lebenszyklus hinweg.

Die Herausforderung für die Politik: Unattraktive Optionen, harte Nüsse und die Hörner des Stiers

Demokratische Politik sollte sich an den Präferenzen der Bevölkerung orientieren. In der Rentenfrage läuft dies einstweilen auf die Wahl zwischen unterschiedlichen Arten von unvermeidlichen Opfern hinaus. Die diversen Zumutungen müssen gegeneinander abgewogen werden.

Die Option der Rentenkürzung ist in dem Maße bedenklich, wie sie einen Bruch des Rentenversprechens darstellt, vor dessen Konsequenzen sich die Betroffenen ab einem gewissen Alter nicht mehr schützen können. Aber zeitlich gestreckt und in den Übergängen abgefedert bietet sie immerhin die Chance der zusätzlichen freiwilligen Vorsorge, die den Menschen die nicht ganz illusionsfreie Vorstellung lässt, die Altersabsicherung selber im Griff zu haben und nicht von den Unwägbarkeiten künftiger Rentenreformen abzuhängen.

Die Option der Beitragserhöhung wäre akzeptabel, wenn sich mit ihr die langfristige Aufrechterhaltung des Rentenversprechens verbindet. Hier ist aber möglicherweise bereits zu viel Vertrauen verloren gegangen. Beitragserhöhungen wären außerdem mit der unweigerlich aufgeworfenen Frage der wettbewerbsfähigen Arbeitskosten abzuklären. Die Regelung der Kofinanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber lässt Beitragserhöhungen schnell an die Grenzen des gesamtwirtschaftlich als zuträglich Erachteten stoßen, ganz unabhängig von den Präferenzen der Bevölkerung.

Das Hinausschieben des Renteneintrittsalters hat gegenüber den anderen beiden Optionen klare Vorteile. Sie ist jedoch bis auf Weiteres nur dann im Arbeitnehmer-Gesamtinteresse, wenn dadurch

entstehende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch solidarische Lohnpolitik abgedeckt wird. Langfristig stellt sie wahrscheinlich eine vernünftige Lösung dar. Aber die Politik hätte sich auch um die kurzfristigen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu kümmern. In dem Maße, wie eine hohe Nachfrage nach Arbeitskraft gelingt (hier sind Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gefragt), ist der Kontext für die Einführung dieser Lösung günstig.

Ein derartiges Gelingen würde auch einer besorgniserregenden Perspektive entgegenwirken, die sich unabhängig von der demographischen Herausforderung ergibt, nämlich der zunehmenden Altersarmut aufgrund der ungenügenden Rentenansprüche, die während des Erwerbslebens angesammelt wurden. Hier ist mehr als alles andere die Arbeitsmarktpolitik angesprochen, die sich in vielen Ländern jene Flexibilisierung explizit zum Ziel gesetzt hat, die Beschäftigungschancen ohne Rücksicht auf Einkommenschancen („low pay is better than no pay“) zu erhöhen.

Der Abschied von den bisherigen lieb gewonnenen Parametern des Lebenszyklus-Managements ist für demokratische Politik sicher nicht ganz einfach zu bewältigen. Aber wahrscheinlich ist die Erwartung nicht unangebracht, dass sich die Menschen letztlich an ein – wie immer durch Sonderregelungen differenziert ausgestaltetes – längeres Arbeitsleben gewöhnen werden. Die härtere Nuss, die es zu knacken gilt, bleibt die Anpassung der Wirtschaftskreisläufe an schrumpfende Bevölkerungszahlen.

Es kann indes auch daran denken, den Stier gleichsam bei den Hörnern zu packen und die eigentliche Ursache des Problems aus der Welt zu schaffen: die Bereitschaft zum Kinderkriegen wieder erhöhen. Diese – durchaus ernst gemeinte – Lösungsvariante ernsthaft zu diskutieren, ist hier allerdings nicht der Ort.